

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Reiterbärggasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis yrs Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nebmen an: in Berlin: A. Neumeier, in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler in Hamburg, Haasenstein & Vogler, in Braunschweig: M. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhdlg.

Danziger Zeitung.



Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 8. Mai, 5 1/2 Uhr Nachmittags.
Berlin, 8. Mai. Die „Provinzial-Correspondenz“ konstatirt die Fortrückungen in Frankreich und fügt hinzu, nur schleunige friedliche Entscheidung der Conferenz könne die Regierung der Nothwendigkeit überheben, Vorsichts-Maßregeln für Preußens und Deutschlands Sicherheit zu ergreifen.
[Abgeordnetenhaus.] Die Bundesverfassung wurde mit 226 gegen 91 Stimmen angenommen. (Wiederholt.)

L. C. Berlin, 7. Mai. An die Südstaaten sind, wie man hört, von hier die ernstesten Mahnungen in Betreff ihrer militairischen Rüstungen ergangen. Eine dieser Depeschen soll der französischen Regierung in die Hände gefallen sein und von dieser als ein bedenkliches Kriegszeichen betrachtet werden. Inmerhin war diese Depesche abgehandelt, ehe ein Beschluß über die Conferenzen gefaßt war. Außerdem sollte man doch auch glauben, daß Frankreich sich darüber nach der Veröffentlichung der Verträge Preußens mit Süddeutschland nicht mehr täuschen könne, daß es im Fall eines Krieges mit Preußen das ganze nichtösterreichische Deutschland gegen sich finden werde, und eben so wenig darüber, daß Preußen seine Bundesgenossen für einen solchen Fall in eine Verfassung bringen wird, in der sie eine früher nie versuchte Kraftentwidelung möglich machen können. Selbst wenn die Regierungen nur mit innerem Widerstreben in das neue Bündniß eingetreten sind, so werden die Armeen von Norddeutschland und Süddeutschland, wenn sie erst auf dem Schlachtfelde neben einander einem Feind gegenüberstehen, bald in einer solchen Waffenübermacht vereint sein, daß alle kleinen Hofintriguen und vaterlandsverrätherische Diplomatie daran scheitern werden. Glücklicherweise macht sich diese Wahrheit den Franzosen von Tag zu Tag mehr bemerkbar, und wenn sie sich erst ganz von ihr durchdrungen haben, so werden wir darin eine bessere Garantie des Friedens, und zwar des dauernden Friedens besitzen, als alle Congresse und Conferenzen je zu geben vermögen.

— Der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin sind gestern in Stettin eingetroffen, und besuchten den zum Besten der Invaliden-Stiftung veranstalteten Bazar. Die die „N. St. Ztg.“ mittheilt, wird die Frau Kronprinzessin später selbst den Verkauf an einem der Tische übernehmen.

— (P. R.) Der preuß. Militärbevollmächtigte in Paris, Major v. Burg, ist gestern in wichtiger Mission nach London gereist, wahrscheinlich um dem Botschafter bei der Conferenz zu assistiren.

— Eine Verfügung des General-Postamts schließt die Beförderung von Petroleum und Phosphor mit der Post aus.

— Man spricht der „N. S. Z.“ von hier: „Man spricht von einem möglichen Abkommen zwischen Preußen und Amerika für den Kriegsfall. Das Gerücht hat aber keinen sichern Boden, und die Monroe-Doctrin scheint entgegen zu stehen. Dagegen könnte Preußen an den Anlauf amerikanischer Schiffe gedacht haben, welchen wahrscheinlich auch mehrfache Besuche des Grafen Bismarck bei dem amerikanischen Gesandten zum Gegenstande gehabt haben.“

— Die „Kreuztg.“ schlägt vor, die preussische Regierung möge als Compensation für den Verzicht auf die Besatzung in Luxemburg das Falllassen der Stipulation, betr. die Abstimmung in Nordschleswig und die Mainlinie verlangen.

— In der zu Paris erscheinenden „Revue financière“ heißt es: „Das projectirte und im Grundriße angenommene Uebereinkommen bietet folgende (für die französische Anschauung) Uebelstände: Zunächst kann die Einigung verhindert werden durch die von Preußen geforderte Geldentlohnung für die von dem aufgelösten Bundestage auf die Festung verwandten Kosten. — Ferner für das Schleifen der Festungswerke, eine ziemlich lange und kostspielige Arbeit, von der vermuthlich keiner die Kosten wird tragen wollen. Endlich — bleibt das einzige Hilfsmittel zur Fortexistenz der armen Luxemburger der Wiedereintritt in den Zollverein! Im Grunde kommt der ganze Vortheil der jetzigen Verhandlungen Preußen zu, das, Theil nehmend an einer Conferenz sämtlicher Großmächte, hierin wenigstens eine indirecte Anerkennung der in Deutschland vorgenommenen Aenderungen finden wird. Der wahre Nachtheil ist für Frankreich, das seine Rechte (?) aus der Abtretung des Großherzogs und dem ungewissen Vorurtheil der Bevölkerung aufgibt. Und doch, wie die Sachen liegen, sehen wir keinen andern Ausweg.“

— In Frankfurt a. M. circulirt das Gerücht, Rothschild werde ins Herrenhaus berufen werden.

Hamburg, 6. Mai. Der „Börsenhalle“ wird aus Berlin geschrieben: Es ist nicht außer Zusammenhang mit der Situation aufzufassen, daß Mitglieder der Czarenfamilie sich gegenwärtig nach Dänemark begeben; diese Reise wird mit Sweden in Verbindung gebracht, welche sich auf eine der deutschen Sache günstige Stellung Rußlands und Dänemarks beziehen sollen.

Italien. Florenz, 30. April. (A. Allg. Z.) Das neueste Buch der Frau Marie Kattazi, bildet seit mehr als einem Monat den Gegenstand des Gesprächs aller hiesigen Salons. Verschiedene hervorragende Persönlichkeiten der hiesigen höheren Gesellschaft wollten sich in gewissen Gestalten des vierten Bandes des Buches wiedererkennen, und zwar ohne sich eben geschmeichelt zu finden. Vergebens protestirte Frau Kattazi wiederholt gegen eine Auffassung, welche ihr Buch zu einem von Rache und Bosheit eingegebenen Pamphlet herabwürdigenden wollte. Mehrere Personen beharrten darauf sich durch die Feder der inofficiellen Ministerpräsidentin gewordenen Dame getroffen zu fühlen, unter anderen auch der Marchese Pepoli, welcher vor einigen Tagen den Hrn. Kattazi als verantwortlich für die Thaten und Werke seiner

Frau um Genugthuung anging. Hr. Kattazi wollte zuerst jede Verantwortlichkeit von sich abwälzen, und den ungeliebten Südfried an die Adresse der Frau Kattazi verweisen. Allein der Marchese Pepoli ließ sich nicht zufriedenstellen durch die Erklärung der Dame, daß sie in ihrem Buch lediglich ideale Gestalten geschaffen habe, seine Secundanten bedrängten den armen Ministerpräsidenten, und wollten nicht zugeben, daß das Duell verschoben werde auf die Zeit, da ihn nicht mehr die Sorgen der Regierung drücken würden; da legte sich zu gutem Glücke eine allerhöchste Persönlichkeit ins Mittel, und verordnete, daß die Sache einem Ehrengericht unterbreitet werde. Dieses Ehrengericht, aus hervorragenden Persönlichkeiten der beiden Kammera bestehend (den Senatoren Graf Krese und Cadorna, den Generalen Bizio und Brignone) hat nun entschieden, daß Hr. Kattazi dem Marchese Pepoli allerdings eine Genugthuung schuldig sei, sie aber erst nach seinem Austritt aus dem Amt zu geben habe. Allein damit dürfte für Hrn. Kattazi wenig gewonnen sein, da gerade er vor einigen Jahren den Hrn. Minghetti während dessen Ministeriums ohne Rücksicht auf dessen amtliche Eigenschaft gefordert und von Minghetti damals sogleich Genugthuung erhalten hat, indem letzterer für die Zeit des Duells sein Amt niederlegte. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß Kattazi lange die Geschäfte werde fortführen können, ohne sich mit dem Marchese Pepoli zu schlagen.

Griechenland. Athen, 25. April. Gestern starb hier der aus der neuen Geschichte Griechenlands sehr bekannte General Kalergis. Derselbe hatte verschiedene Mal, 1832, 1834 und 1843, in russischem Interesse Handstreich gegen Otto geleitet, durch den des letztern Jahres eine Verfassung ertrotzt, mußte 1858 vom König Otto als Kriegsminister angenommen werden, und ward 1859 Gesandter in Paris.

Danzig, den 9. Mai.

* Den Aeltesten der hiesigen Kaufmannschaft ist von der Königl. Direction der Ostbahn mitgetheilt worden, daß die nach der Bekanntmachung derselben v. 6. Decbr. pr. für die Stationen Cüstrin, Landsberg a. W., Bredberg, Thorn, Dirschau, Danzig, Elbing, Insterburg und Eydtkuhnen angeordnete Beschränkung der Frist für die von den Versendern resp. Empfängern zu bewirkende Be- und Entladung der Wagen von 24 Stunden auf 12 Stunden wieder aufgehoben worden ist.

[Stadtverordneten-Sitzung am 7. Mai.] (Schluß.) Die Subcommissions der Baudeputation hat vorgeschlagen, für dieses Jahr folgende Strecken mit Trottoir zu versehen: 1) an Jacobs-thore; 2) an der Reitbahn vom hohen Thore ab, die westliche Seite am Wall; 3) am Vorstädtchen Graben bis zur Fleischergasse, südliche Seite; 4) an der westlichen Seite der Goldschmiedegasse; 5) an der südlichen Seite des Langenmarktes; 6) an der östlichen Seite der Köpfergasse; 7) an der östlichen Seite der Ankerstraße; 8) an der westlichen Seite der Krämmergasse; 9) an der westlichen Seite des Fischerhofs. Magistrat hat diesem Plane zugestimmt. Hr. Hausmann wünscht aus Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse, daß die Trottoirlegung an der Reitbahn und an der südlichen Seite des Langenmarktes in Wegfall komme. Hr. Kompletten will nur die Strecke von der Beroldischen bis zur Köpfergasse ausfallen lassen. Hr. Biber macht darauf aufmerksam, daß die Steinplatten bereits angekauft seien, ein Aufschub der Legung also um so weniger anzurathen sei, da ein Theil der für die Steine verausgabten Summe von den Adjazenten nach der Trottoirlegung wieder eingezogen werde, also wieder zur Kämmerei-kasse zurückfließe, während andernfalls das verwendete Capital tobt liege. Er bittet, nicht störend in den vorgeschlagenen wohl erwogenen Plan einzugreifen und beantragt, zu den bezeichneten Strecken noch die vor dem Grundstücke Kohlenmarkt Nr. 3 hinzuzufügen. Diese Stelle sei jetzt noch mit Bohlen belegt und Trottoir wünschenswerth. Die H. S. C. Krüger, D. Lievin, Stadtrath Hirsch und Preßler empfehlen die Genehmigung der Vorlage. Hr. Kirchner wünscht, daß in den schmalen Straßen nicht so schmale Trottoir gelegt werde, daß man mit dem einen Fuß auf diesem, mit dem andern auf dem Straßpflaster zu gehen gezwungen sei. Hr. Hirsch erwidert, daß die Baudeputation bereits beschloffen habe, künftighin mindestens 2 Fuß breite Platten zu legen. Auch in der Maplauschen Gasse würde breiteres Trottoir gelegt und die gerügten Hindernisse polizeilich beseitigt werden. Bei der Abstimmung wird die Vorlage unverändert genehmigt und die Ergänzung resp. Verblendung des Trottoirs am Kohlenmarkt mit dem am Holzmarkt an der Stelle des Grundstücks Kohlenmarkt Nr. 3 nach dem Antrage des Hrn. Biber in den Plan eingeschoben. — Die Herstellung einer 5. Klasse an der evangelischen Mädchenschule der Reichstadt wird genehmigt; für Beschaffung der dazu notwendigen Utensilien werden 105 \mathcal{R} bewilligt. — Die Besitzer der Grundstücke 1) Johannsgasse Nr. 29, 2) Breitgasse Nr. 35, 3) Breitgasse Nr. 75 und 4) Damm Nr. 3 sind darum eingeladen, ihnen für den Abbruch der an ihren Häusern befindlichen Vorbauten und Freilegung des davon eingenommenen Bürgersteiges eine Beihilfe zu gewähren. Magistrat besurwortet die Gesuche und erjudt um Bewilligung von 7 \mathcal{R} . 3 \mathcal{Sgr} . 9 \mathcal{A} als Betrag der für das Grundstück ad 1) berechneten Trottoirkosten; 50 \mathcal{R} . Entschädigung und 18 \mathcal{R} . 6 \mathcal{Sgr} . 3 \mathcal{A} Trottoirbeitrag ad 2); 30 \mathcal{R} . und 12 \mathcal{R} . 20 \mathcal{Sgr} . ad 3); 25 \mathcal{R} . ad 4). Der mit der Prüfung dieser Gesuche beauftragte Stadtv. Hr. Behlow empfiehlt die Genehmigung nach dem Vorschlage des Magistrats. Hr. Borrasch verkennt zwar nicht, daß durch Fortschaffen der Vorbauten eine Verschönerung der Straßen erzielt werde, hält aber die vorliegende Sache nicht für dringlich. Der qu. Vorbau in der Johannsgasse sei dem Einsturz nahe und werde vom Besitzer selbst binnen Kurzem beseitigt werden müssen; überdies sei sein Abbruch von gar keiner Bedeutung für das allgemeine Interesse. Der Abbruch der qu. Vorbauten in der Breitgasse und auf dem 4. Damm sei eben so nutzlos für das Ganze. Hr. P. u. g. bestätigt, daß der Vorbau in der Johannsgasse sich in desolatem Zustande befinde und es nicht zu empfehlen sei, etwas dafür zu bezahlen; mit den übrigen wäre es anders, sie könnten noch lange Jahre stehen. — Hr. S. C. Krüger will nur da Beihilfe gewähren, wo der Abbruch im allgemeinen Interesse liegt; wo aber, wie dies zumest der Fall, der Abbruch nur im eigenen Interesse des Besitzers liege, könne er nicht für Entschädigung stimmen. Hr. Borrasch fragt, warum es gestattet worden sei, die freie Holzterrasse an dem Hause Kohlen-

Nr. 7, die so häufig gewesen, daß sie längstens in einigen Monaten hätte einstürzen müssen, so gründlich zu repariren, daß sie jetzt wieder auf viele Jahre hinaus praktikabel sei. Die H. S. Biber und Stadtr. Hirsch sprechen sich dahin aus, daß man nicht so lange mit Befestigung der Vorbauten warten dürfe, bis ganze Straßen davon befreit werden könnten, das würde zu viel Geld kosten, und zu lange dauern; man müsse nach und nach damit vorgehen; die entstehenden Lücken veranlassen die Nachbarn, von selbst Anträge auf Abbruch zu stellen; thue dies die Commune, würden viel höhere Ansprüche gemacht. Hr. Dr. Lievin: In der Johannsgasse sei der Abbruch des qu. Vorbautes die erste Breche in die dortigen Vorbauten. Er stimme für die Vorlage. Verschiedene Stadtr., z. B. die Gerbergasse u. A. hätten in Folge des Abbruchs der Vorbauten ein völlig verändertes Aussehen gewonnen. Wenn man wie Hr. Borrasch warten wolle, bis ganze Straßen von den Vorbauten befreit werden könnten, müsse man noch 250 Jahre oder noch länger warten; wir müßten aber dahin trachten, daß unsere Mitbürger noch an dem Nutzen Theil nehmen könnten. — Hr. Biber stellt mit Bezug auf das von Hrn. Borrasch erwähnte Factum den Antrag, den Magistrat zu ersuchen, die Befestigung der Treppe in der Kohlen-gasse, wenn sie regelwidrig reparirt worden sei, zu veranlassen. Nachdem die Versammlung die verlangten Beträge für die 4 Grundstücke genehmigt, wird Hr. Stadtbaurath Licht um Auskunft bezüglich der qu. Treppe in der Kohlen-gasse erlucht. Hr. Licht: Er sei hier als Magistrats-Commissarius und nicht als Techniker der Polizei, doch wolle er einigen Aufschluß geben. Das betr. Hans sei zweifelhaft, die Befestigung eine arme Frau, die ruhmig wäre, hätte man sie zur Befestigung der Treppe und daraus folgender etwa 400 \mathcal{R} . erheblicher Reparatur gezwungen. Er habe, von der Polizei zu einem Gutachten aufgefordert, vorgeschlagen, eine Reparatur nach bestimmter Vorschrift zu gestatten, zugleich aber auch vorgeschlagen, in den Consens die Clausel einzufügen, daß der Abbruch sofort erfolgen solle, wenn das allgemeine Interesse dies erfordere. Ob diese Clausel eingefügt worden sei, wisse er nicht. Er habe sich später überzeugt, daß die Frau eine größere Reparatur, als ihr bewilligt worden, vorgenommen hätte. Es stehe also der Versammlung frei, durch die Polizei die Frau zum Abbruch zwingen zu lassen. Hr. Dr. Lievin: Er stelle in Folge der Aeußerungen des Hrn. Licht folgenden Antrag: „Die Stadt-Versammlung ersucht den Magistrat, den Reparaturbau an der Treppe vor dem Hause Kohlen-gasse Nr. 7 dahin untersuchen zu lassen, ob derselbe gegen die betreffenden polizeilichen Bestimmungen verstoße. Wenn dies der Fall sein sollte, so möge der Magistrat bei der Polizeibehörde auf Abbruch der Treppe hinwirken. Die Versammlung bittet den Magistrat um Nachricht über den weiteren Verlauf der Angelegenheit.“ Hr. Stadtbaurath Licht glaubt, daß dieser Schritt keinen Erfolg habe. Vor 3 Jahre sei bei Hrn. Faust am Langenmarkt der volle Neubau des Vorbautes bewerkstelligt worden, wie wohl Viele selbst gesehen. Der Magistrat habe auf alle Weise dagegen protestirt, aber umsonst; er sei darauf bis ans Ministerium gegangen ebenfalls vergebens. Redner habe bei der Anwesenheit des Hrn. Geh. Baurath Boretius diesen gefragt, welche Vorbauten nach der Ansicht des Ministeriums abgerissen werden müßten, und welche reparirt werden dürften. Derselbe habe ihm darauf erwidert, man solle in dieser Sache nicht „kreuzeln“, handle es sich um große Aenderungen an Vorbauten, möge man dieselben verwerphen, bei Cappallen aber sei es nicht der Mühe werth, viel Aufhebens zu machen. Hr. Biber: Man müsse nach diesen Aeußerungen auf Unteruchung der Sache bestehen. Es könne nicht dem Baurath und der Polizei zustehen, darüber zu beschließen, ob der oder jener Vorbau reparirt werden solle oder nicht. In solchen Angelegenheiten könne nicht das Gefühl bestimmend sein, sondern einzig und allein das Recht. Hr. S. C. Krüger: Die Befestigung der qu. Treppe könne nur etwas nützen, wenn die zu beiden Seiten stehenden Vorbauten ebenfalls beseitigt würden. Man könne in diesem Falle Hrn. Licht nicht tadeln. Er stimme gegen den Antrag. Hr. Dr. Lievin: Hr. Licht habe seine Aeußerungen als Techniker der Polizei abgegeben, nicht aber als Magistrats-Commissarius; als solcher könne er vielleicht ganz anders urtheilen und andere Interessen in Berücksichtigung ziehen. Man dürfe keine neuen Hindernisse auskommen lassen in demselben Augenbilde, wo man für Befestigung solcher Geld verausgabe. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Hrn. Dr. Lievin, zu dessen Gunsten Hr. Biber seinen Antrag zurückgezogen hatte, mit großer Majorität angenommen.

Königsberg, 7. Mai. (K. n. B.) Der landwirthschaftliche Centralverein für Litauen und Masuren beschloß, nach der landwirthsch. Zeitung, in seiner letzten Versammlung, zu der von der Centralstelle zu Königsberg für das J. 1868 projectirten Provinzial-Thierschau einen Beitrag von 500 \mathcal{R} unter der Bedingung zu gewähren, daß die Provinzial-Thierschauen in Zukunft nicht alternirend in Königsberg und Danzig, sondern ausschließlich in Königsberg abgehalten würden. Die Versammlung wurde bei diesem Beschlusse von der Ansicht geleitet, daß eine Provinzial-Thierschau das Bild der Thierproduction der gesammten Provinz darbieten müsse, daß jedoch, wenn dieselbe einmal in Königsberg, das andere Mal in Danzig abgehalten würde, wohl zu erwarten sei, daß in der ersten Stadt hauptsächlich Ostpreußen, in Danzig nur Westpreußen vertreten sein würde, wodurch der Character einer Provinzial-Thierschau verloren gehen würde; auch dürfte kaum zu erwarten sein, daß die Pferdezucht, die in Litauen in hervorragender Weise betrieben wird, und ihre Eigenthümlichkeit besonders in den in den Händen kleiner händlerischer Besitzer befindlichen vortrefflichen Statuten hat, auch in Danzig in genügender Weise zur Anschauung kommen würde.

Bermischtes.

— Die Künstlerwelt Berlins hat einen schweren Verlust erlitten. Der Bildhauer Prof. Schielebein ist nach mehrmonatlichem, schwerem Leiden am 6. Mai aus dem Leben geschieden.

London, 3. Mai. In Liverpool ist die Nachricht eingetroffen von einem Zusammenstoße auf offener See zwischen dem Dampfer „Scotia“ der Cunard-Linie und dem Schiffe „Verkschire“ von Boston. Die ersten Augenblicke nach dem Zusammenstoße sollen glänzlich gewesen sein; das Taktwerk beider Schiffe hatte sich in einander verwickelt und die „Verkschire“ zerbrach vollständig, während zugleich die „Scotia“ durch Beschädigung am Radkasten hart mitgenommen wurde. Glücklicherweise ging bei dem Unglück kein Menschenleben verloren. Die Mannschaft des sinkenden Schiffes rettete sich noch zur rechten Zeit an Bord der „Scotia“.

Verantwortlicher Redacteur: H. Kiderer in Danzig.

